

Diskussion

*„Herr, die Noth ist groß!
Die ich rief, die Geister;
Werd' ich nun nicht los.“
Goethe, Der Zauberlehrling*

Peter Wahl

Schwellen- und Entwicklungsländer im Sog der Krise

„Besonders die Schwellenländer selbst haben durch politische Maßnahmen ihre Anfälligkeit deutlich verringert.“ So der Chef der Deutschen Bank, Ackermann, noch im Juni 2007 zu dem Risiko, dass die Finanzkrise auf Schwellen- und Entwicklungsländer übergreifen könnte.¹ Zu jenem Zeitpunkt war die erste Phase des Crashes, die sog. *Subprime*-Krise in den USA, bereits in vollem Gange. Doch die These von der Abkopplung der Schwellen- und Entwicklungsländer vom Crash der Finanzmärkte war noch bis in den August 2008 auch in der entwicklungspolitischen Community hinein verbreitet.

Begründet wurde sie mit der geringen Beteiligung des Südens am System des Finanzkasinos. Die Schwellen- und Entwicklungsländer hätten aus den vorherigen Krisen Konsequenzen gezogen und zudem beträchtliche Währungsreserven angesammelt. Die Verschuldung war selbst für die meisten Länder der *HIPC-Gruppe* (*Highly Indebted Poor Countries*) gesunken. Eine ganze Reihe von Ländern konnte sogar ihre Schulden beim IWF zurückzahlen und sich damit von der Bevormundung durch Strukturanpassungsaufgaben befreien.

Die Rohstoffpreise stiegen kontinuierlich, und die Inflationsraten waren niedrig. Die Wachstumsraten der Schwellen- und Entwicklungsländer lagen 2007 bei 8 %, während sie für die G7 nur 2,1 % betrug. Selbst Afrika südlich der Sahara hatte von 2002 bis 2007 eine durchschnittliche Wachstumsrate von 6 %. China erreichte zwischen 2004 und 2008 durchschnittlich 10,7 %, Indien einen Schnitt von 8,8 %. Damit schienen zumindest die Schwellenländer gewappnet, eine Krise auffangen zu können.

Dabei wurde allerdings verkannt, dass im Zeitalter der Globalisierung das Netz der wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den Volkswirtschaften so dicht und komplex geworden ist, dass eine Abkopplung von den Weltmärkten praktisch nur noch um den Preis einer Isolation à la Nordkorea möglich ist. Die Öffnung der meisten Volkswirtschaften hatte zwangsläufig eine Zunahme

des Risikos und eine erhöhte Anfälligkeit gegenüber externen Schocks zur Folge. Dabei gibt es zwei Grundtypen von Übersprungskanälen:

- die realwirtschaftlichen Effekte der Krise auf den Süden,
- direkte Verwicklung von Schwellenländern in die Praktiken des Kasinokapitalismus, wie *Carry Trade* oder Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen.

Krisenübertragung über die Realwirtschaft

Die Rezession der großen Industrieländer wird zu einem deutlichen Rückgang der Nachfrage führen, und zum ersten Mal seit 1982 wird 2009 der Welthandel schrumpfen. Am stärksten spürbar wird der Nachfragerückgang der USA sein. Über Jahre hinweg war der schuldenfinanzierte US-Konsum Motor der globalen Konjunktur. Vor allem jene Länder und Regionen, die stark von Exporten in die USA abhängig sind, wie Mexiko, Mittelamerika und die Karibik werden stark betroffen sein. Im Nachhinein bestätigt sich damit noch einmal, dass es auch aus stabilitätspolitischen Gründen klug war, dass Südamerika sich nicht an dem Projekt der Bush-Administration beteiligte, eine Freihandelszone von Kanada bis Feuerland zu etablieren.

Die sinkende Nachfrage der Industrieländer zeigt sich am deutlichsten bei Rohstoffen, die die Basis des zurückliegenden Wachstumsbooms waren. Besonders drastisch ist der Trend beim Rohöl, dessen Preis von knapp 150 US\$ pro Fass im Juli 2008 auf unter 50 US\$ Ende Dezember gefallen war. Aber diese Entwicklung erfasst auch die meisten anderen Rohstoffe. Der Rohstoffpreisverfall führt wiederum zu Sekundäreffekten, die allerdings differenzierte Auswirkungen haben. Während die Rohstoffexporteure Einnahmeeinbußen hinzunehmen haben, werden Länder, die stark vom Import dieser Produkte abhängig sind, entlastet.

Parallel zur Nachfrage werden auch die Investitionen (FDI) der Industrieländer im Süden zurückgehen. Das ist in Einzelfällen nicht unbedingt nur negativ, nämlich dann, wenn es sich um ökologisch und entwicklungspolitisch problematische Investitionen handelt. Dennoch besteht kein Grund zur Freude. Sowenig wie das Schrumpfen der Wirtschaft die ökologische Wende bringt, so wenig heißt ein Ausbleiben der Auslandsinvestitionen für Schwellen- und Entwicklungsländer, dass jetzt ein entwicklungsfreundlicher Kurs eingeschlagen würde. Im Gegenteil: In Zeiten großer Krisen werden sich die Interessen von Umwelt und menschlicher Entwicklung noch weniger durchsetzen als sonst. Nachhaltige Entwicklung ist nur über einen gestalteten Prozess des Umsteuerns möglich, nicht über das Chaos eines Zusammenbruchs.

Für 2008 schätzt die UNO den Rückgang von FDI auf 10 % (UNO 2009²). Doch zum einen hat der Rückgang gerade erst begonnen, zum anderen haben FDI einen langen „Bremsweg“. Anders als reine Finanzinvestitionen, die

per Mausklick in Sekundenschnelle zurückgezogen werden können, lässt sich der Bau einer Fabrik nicht so schnell stoppen.

Sehr schnell und stark betroffen sind dagegen die Kapitalflüsse aus dem Ausland. So fielen die privaten Kapitalströme ab dem dritten Quartal 2008 deutlich, während die Kapitalkosten gestiegen sind. Die *Spreads*, d.h. die Zinsdifferenz zwischen dem Zinssatz im Interbankenverkehr und den realen Zinsen für den einzelnen Kreditnehmer, schnellten dem für Schwellenländer repräsentativen *Emerging Markets Bond Index* (EMBI) zufolge in der zweiten Jahreshälfte von 250 Basispunkten auf 550 (1 Basispunkt = 0,01 %) nach oben. Das Volumen von Bankkrediten ging um 40 % zurück (UNO 2009). Das ist eine direkte Folge der Kreditverknappung im Interbankenhandel, die ja auch die (Re-)Finanzierungsbedingungen in den Industrieländern sehr verschlechtert hat. Trotz der Kreditklemme wird als Folge der Krise mittelfristig eine neue Schuldenwelle über viele Schwellen- und Entwicklungsländer hereinbrechen.

Eine weitere Konsequenz der Krise ist die zunehmende Währungsvolatilität. Dabei sind insbesondere die Dollarschwankungen von Belang. Da der Welthandel weitgehend in US-Dollar abgewickelt wird, führt ein Sinken des Dollarkurses, wie er in der ersten Hälfte 2008 einsetzte, dazu, dass die Exporteinnahmen zurückgehen. Zwar hat der Dollar in der zweiten Jahreshälfte wieder etwas aufgewertet. Das dürfte aber nur ein vorübergehendes Phänomen gewesen sein, das vor allem auf der krisenbedingten Flucht der (institutionellen) Investoren in den sicheren Hafen der *US Treasury Bonds* beruhte. Mittel- und langfristig dürfte mit der Gesamtschwächung der US-Ökonomie auch der Dollar schwächer werden. Zudem liegt ein schwacher Dollar auch im Interesse der USA, um ihr Leistungsbilanzdefizit abzubauen und den eigenen Export zu stärken. Für die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer ist allerdings ein schwacher Dollar gut, weil er einen niedrigeren Schuldendienst bedeutet.

Besonders schwere Folgen für die armen Länder

Die armen Entwicklungsländer waren in der Regel noch weniger als die Schwellenländer am System des Finanzkapitalismus beteiligt. Dennoch wird diese Ländergruppe in besonderem Maße getroffen werden, da ihre Volkswirtschaften viel verletzlicher als die der Schwellenländer sind. Schon bei der Asienkrise z.B. traf es Laos härter als das Krisenland Thailand, obwohl in Laos so gut wie kein Finanzmarkt existierte. Da das Land aber 80 % seiner Exporte an Thailand verkauft, hatte die sinkende Nachfrage dramatische Folgen für das Land.

Auch das Potential, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, ist in dieser Ländergruppe geringer. Während z.B. China in der Lage ist, seinen Wachstumsrückgang

mit einem Konjunkturpaket von 450 Mrd. US\$ zu kontern, verfügt kein armes Land über entsprechende Möglichkeiten.

Neben den im vorherigen Abschnitt geschilderten, kommen bei dieser Ländergruppe noch einige besondere Mechanismen der Krisenübertragung hinzu. Dazu gehört z.B. der Rückgang der Überweisungen von Arbeitsmigranten in ihre Heimatländer (*remittances*). Insgesamt beträgt dieser Posten weltweit mit 282 Mrd. US\$, für die Entwicklungsländer inzwischen fast das Dreifache der Entwicklungshilfe. In einigen Ländern stellen sie einen bedeutenden Anteil des Bruttonationalprodukts (BNP), so z.B. in Bangladesh (9,5 %), den Philippinen (11,6 %), El Salvador (18,4 %), Haiti (20 %), Honduras (24,5 %).³ Insgesamt trägt dieser Posten für die Gruppe der Länder mit niedrigem Einkommen mit 6 % zum BNP bei. Die *remittances* sind also ein beträchtlicher Nachfragefaktor, insbesondere bei den unteren Einkommensschichten.

Schon jetzt stark betroffen sind MigrantInnen in den arabischen Ölländern durch den Absturz des Ölpreises. Aber auch in den Industrieländern gehören MigrantInnen zu den ersten Opfern von Arbeitslosigkeit.

Bisher wurde die Entwicklungshilfe nicht wegen der Krise gekürzt. Es wäre eine politische Bankrotterklärung, einerseits Rettungspakete für Banken und Konjunkturprogramme in der Größenordnung von 2 Billionen US\$ aufzulegen, während die vergleichsweise lächerlichen Summen der *Official Development Assistance* (ODA) gekürzt würden. Allerdings steht zu erwarten, dass die geplanten Steigerungen, um die Millenniumsziele zu realisieren, nicht erreicht werden. So hat die Bundesrepublik sich verpflichtet, ihren Anteil bis 2010 auf 0,51 % des BNP und 2015 auf 1,5 % zu steigern. 2007 stand der deutsche Beitrag nach offiziellen Angaben der OECD bei 0,37 %. In den zwei Jahren davor stagnierte er bei 0,35 %⁴

Ausweitung der Krise in Breite und Tiefe

Das Übergreifen der Krise auf die Schwellen- und Entwicklungsländer ist seit Oktober 2008 in vollem Gang. Als erstes reagierten deren Finanzmärkte. Die Börsenkurse sind in den Schwellenländern dramatisch eingebrochen – 2008 im Schnitt um 40 % (UNO 2009). Zwischen Januar und Oktober 2008 stürzten die Kurse in Südafrika um 30,3 % ab, in Pakistan um 34,8 %, in Brasilien um 43 %, in Indien um 50,8 % und in China um 65,6 %. Am härtesten getroffen wurden Russland mit 70,9 % und die Ukraine mit 77,5 %. Kiew musste inzwischen beim IWF um eine Liquiditätsspritze bitten, um den Staatsbankrott abzuwenden. Auch Pakistan musste mit einem IWF-Kredit über 10 Mrd. US\$ vor dem finanziellen Kollaps gerettet werden. Auch die Währungen zahlreicher

Entwicklungsländer erleben eine Abwertung. Der brasilianische Real und die türkische Lira verloren 25 %, der südafrikanische Rand 30 %.⁵

Carry Trade

Die Übertragung der Krise auf die Schwellen- und Entwicklungsländer geschieht in erster Linie über die Realwirtschaft, wie in den vorherigen Abschnitten dargestellt. Allerdings gibt es auch unmittelbare Auswirkungen durch Finanzmarktmechanismen, wie den so genannten *Carry Trade* und die Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen.

Carry Trade funktioniert folgendermaßen: In einem Land mit niedrigen Zinssätzen – vorwiegend Japan – wird ein Kredit zu niedrigen Zinsen, etwa 2 % aufgenommen. Die Summe wird anschließend in Brasilien, wo die Zinsen 15 % betragen, als Kredit in brasilianischen Real ausgereicht. Die Zinsdifferenz ist der Bruttogewinn dieses Geschäfts, das eine Form von Arbitrage ist.⁶

Die Kehrseite ist allerdings, dass die Zinsen für den Real-Kredit von der brasilianischen Volkswirtschaft erarbeitet werden müssen. Im Zuge der Krise haben die meisten institutionellen Anleger nun abrupt ihre Positionen in Brasilien und anderen Hochzinsländern abgezogen. Dies war einer der Kanäle, über die die Krise dann auf Schwellenländer übergriff. Es kam innerhalb weniger Tage im Oktober 2008 zu einer Abwertung der brasilianischen Währung um 25 % und zu einem Absturz der Aktienkurse. Umgekehrt führte die Repatriierung der Gelder zu einer vorübergehenden Aufwertung des Yen und des US-Dollar.

Nahrungsmittelpreisspekulation

Ein besonders drastisches Beispiel dafür, welch brutale Logik sich hinter der Fassade von Nadelstreifen und scheinbarer Seriosität und Solidität verbirgt, ist die Spekulation mit Nahrungsmitteln. Ende 2007 waren die Nahrungsmittelpreise weltweit drastisch gestiegen. Der Nahrungsmittelpreisindex der FAO wies in den 15 Monaten zwischen Ende 2006 und März 2008 eine Preissteigerung von 71 % auf. Besonders dramatisch war die Steigerung mit 126 % bei Reis und Getreide. Es war vorwiegend Finanzspekulation, die diese Preissteigerungen verursacht hat.

In der Zeit, als die Preise anstiegen, wurde dies heftig bestritten. Da die Preisbildung bei Agrarrohstoffen in der Tat komplex ist, wurden alle möglichen Faktoren bemüht, um den Preisanstieg zu erklären, so z.B.

- eine steigende Nachfrage in Schwellenländern, und hier wiederum die Übernahme westlicher Konsumgewohnheiten durch die dortigen Mittelklassen. So konsumieren z.B. Chinesen zunehmend Milchprodukte;

- stagnierende Produktivitätsentwicklung und Unterinvestition in die Landwirtschaft;
- Produktion von Biokraftstoffen.

Als die Preise ab Juli 2008 wieder fielen, lösten sich diese Erklärungen allerdings in Luft auf. Denn die genannten Faktoren wirken langfristig. Chinesen beginnen nicht rasend schnell, Joghurtmassen zu verspeisen, um nach ein paar Monaten wieder damit aufzuhören, und die Produktion von Biokraftstoff okkupiert so rasch auch nicht landwirtschaftliche Nutzflächen.

Die Preiskurve verweist dagegen auf die typische Form einer spekulativen Blase. Grund für den Anstieg: die *Subprime*-Krise war von einer Hypothekenkrise zu einer Kreditkrise übergegangen. Ganze Marktsegmente brachen zusammen, wie der der so genannten strukturierten Produkte oder Zertifikate, z.B. *Collateral Debt Obligations (CDOs)*. Große *Investmentbanken* und *Hedgefonds* hatten Verluste in zweistelliger Milliardenhöhe. In dem Maße, wie die Spekulation im Finanzsektor schwieriger wurde, suchten die Investoren angestrengt nach neuen Märkten. Sie warfen sich jetzt auf die Rohstoffmärkte, in erster Linie Erdöl, aber auch agrarische Rohstoffe. In der Erwartung von Preissteigerungen wurden Agrar-Futures gekauft. 2007 wuchs der Handel mit landwirtschaftlichen Futures u.a. Derivaten nämlich um 32 %. Gleichzeitig stieg zwischen Juni 2005 und Juni 2007 der Wert von Rohstoffderivaten, die *over the counter*, also außerbörslich gehandelt wurden, um nahezu 160 %⁷. An der Rohstoffbörse in Chicago stieg die Anzahl der Kontrakte zwischen Oktober 2007 und Ende März 2008 um 65 % (FTD, 31.05.2008), ohne dass sich die reale Produktion deswegen erhöht hätte.

Die Blase hatte begonnen sich aufzublähen. Der Preisanstieg bei Derivaten zog wiederum einen Anstieg der Spotmarktpreise nach sich. Denn zum einen haben Käufer auf den Spotmärkten mehr auf Vorrat gekauft, um weiteren Preissteigerungen zuvorzukommen. Das erhöht die Nachfrage und erzeugt Preisdruck nach oben. Zum anderen haben Verkäufer in der Erwartung höherer Preise mit dem Verkauf gewartet und damit das Angebot verknappt. Die Spekulation der institutionellen Investoren hatte also eine ganze Kette spekulativen Verhaltens bei anderen Akteuren in Gang gesetzt.

Hinzu kommt, dass Spekulation nicht nur direkt an den Nahrungsmittelbörsen eine Rolle spielt, sondern auch indirekt über den Ölpreis. Der Ölpreis ist ein strategischer Preis, d.h. er geht in die Preise aller anderen Produkte ein, an deren Produktion und Vertrieb Öl als Treibstoff beteiligt ist, also auch in die landwirtschaftlicher Produkte. Ganz ähnlich wie bei den Nahrungsmittelpreisen beschrieben, war auch die Ölpreisblase im selben Zeitraum weitgehend spekulationsbedingt. Spekulation war also auf zweifache Weise an der Blase der Nahrungsmittelpreise beteiligt.

Ab Juli stürzten die Preise regelrecht ab. Auch dies ist wiederum auf die Finanzkrise zurückzuführen, die in diesem Zeitraum eine weitere Verschärfung erfuhr. Hedgefonds und anderen institutionellen Investoren wurde angesichts der realwirtschaftlichen Krise nun auch die Rohstoffspekulation zu riskant, und es setzte eine erneute Fluchtwelle ein, dieses Mal in *US Treasury Bonds*, quasi der letzte Hafen, in den sich das Kapital flüchten kann.

Aber das Finanzkapital versuchte wieder aus dem Leid anderer Kapital zu schlagen. So warb die Deutsche Bank im Mai 2008 auf Brötchentüten in Frankfurt a.M. mit der Aufschrift: „*Freuen Sie sich über steigende Preise? Alle Welt spricht über Rohstoffe – mit dem Agriculture Euro Fond haben Sie die Möglichkeit, an der Wertentwicklung von sieben der wichtigsten Agrarrohstoffe zu partizipieren.*“ In Haiti indes stieg der Preis für eine Tasse Reis von 30 auf 60 Cent. Das konnten sich viele nicht mehr leisten. Die UNO prognostizierte dementsprechend eine Zunahme der Armut in den Entwicklungsländern als Folge der Preissteigerungen bei Lebensmitteln: „*Zwischen 109 und 126 Millionen Menschen sind infolge der Nahrungsmittelpreissteigerung seit 2006 unter die Armutsgrenze von einem Dollar pro Tag gefallen. ... In Subsahara-Afrika dürfte die extreme Armut um 8 % gestiegen sein. Das bedeutet, dass die jüngsten Nahrungsmittelpreissteigerung die Erfolge bei der Armutsreduzierung zwischen 1990 und 2004 wieder zunichte gemacht haben.*“ (UNO 2009: 26)

Anmerkungen

- 1 Ackermanns Rede ist ein bemerkenswertes Dokument für die fatalen Irrtümer dieses Bankers. So erklärt er z.B. ausgerechnet Kreditzertifizierung und Derivate sowie Hedgefonds – also alles wesentliche Ursachen für das Desaster – zu Garantien der Stabilität. http://www.deutsche-bank.de/presse/de/downloads/SPD-Stabilitaet_und_Transparenz_20.06.07.pdf
- 2 United Nations (2009): *World Economic Situation and Prospects 2009*, New York
- 3 <http://www.econ.worldbank.org/wbsite/external/extdec/extdecprospects/0,,contentmdk:21121930~menuupk:3145470~pagepk:64165401~pipk:64165026~thesitepk:476883,00.htm>
- 4 OECD DAC: http://stats.oecd.org/wbos/index.aspx?datasetcode=oda_dono
- 5 Alle Zahlen aus: *Financial Times Deutschland* (FTD), 20.10.2008, S.19 und *Financial Times Deutschland Online*: <http://www.ftd.de/politik/international/:staaten-in-not-pakistan-vor-dem-finanzkollaps/428754.html>
- 6 Im Gegensatz zu Spekulation, die auf der Erwartung einer Preisänderung in der Zukunft beruht, nutzt die Arbitrage eine bekannte Kursdifferenz. Deshalb ist das im Vergleich zur Spekulation ein sicheres Geschäft.
- 7 Bank for International Settlement (2008): *Amounts outstanding of over-the-counter (OTC) derivatives*. Genf, <http://www.bis.org/statistics/otcder/dt1920a.pdf>.

Anschrift des Autors

Peter Wahl

peter.wahl@weed-online.org